

A002: #NO2PERCENT – Frieden geht anders!

Laufende Nummer: 082

Antragsteller/in:	DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen
Empfehlung der ABK:	Erledigt bei Annahme von Antrag A001
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

#NO2PERCENT – Frieden geht anders!

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Der DGB-Bundeskongress lehnt das 2-Prozent-Ziel der NATO-Mitgliedsstaaten ab. Eine Erhöhung des
- 2 Rüstungsetats um ca. 30 Milliarden € hinterlässt nur wenig finanziellen Spielraum für die wirklich
- 3 dringenden Investitionen in Bildung, Schulen, Forschung und Entwicklung, für eine ökologische und
- 4 soziale Gestaltung der Mobilität, der Energiewende, der digitalen Infrastruktur und der sozialen
- 5 Sicherung.
- 6 Er fordert deshalb die Bundestagsabgeordneten auf, sich gegen dieses Ziel in einem Koalitionsvertrag
- 7 auszusprechen.
- 8 Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen
- 9 und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung
- 10 des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.
- 11 Er fordert die Bundestagsabgeordneten auf, sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von
- 12 Waffenexporten sowie für verstärkte zivile Strategien zur Friedenssicherung einzusetzen.
- 13 Der Kongress unterstützt die Online-Petition #NO2PERCENT
- 14 (www.openpetition.de/petition/online/no2percent-frieden-geht-anders), die vom DGB-Stadtverband Köln
- 15 initiiert wurde.

Begründung

Die Sondierungsgespräche von Union, FDP und Grüne ließen befürchten, dass bei einer Jamaika-Koalition eine schrittweise Erhöhung der Verteidigungs- und Rüstungsausgaben im Koalitionsvertrag vereinbart wird. Spitzenpolitiker/innen von Union und FDP haben sich in der Vergangenheit mehrfach für die Einhaltung dieses Ziels ausgesprochen. Ob sich die Grünen mit ihrer ablehnenden Haltung im Rahmen der Sondierungsgespräche und anschließenden Verhandlungen durchgesetzt hätten, ist zu bezweifeln.

Es gibt keinen finanziellen Handlungsspielraum für die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels. Aktuelle Schätzungen von Ende Oktober 2017 gehen davon aus, dass die neue Bundesregierung durch Steuereinnahmen und die wirtschaftliche Lage maximal 30 Mrd. Euro zur Verfügung hat, um politische Schwerpunkte zu setzen. Die Wahlversprechen der Parteien sind lang und überschreiten bei weitem diesen finanziellen Spielraum. Die ersten Ergebnisse der Sondierungsgespräche zeigen

zudem, dass die verfügbaren Finanzmittel kaum für die notwendigen Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Bildung und den ökologischen Umbau ausreichen.

Das 2-Prozent-Ziel ist daher nur zu Lasten anderer Haushaltstitel – vor allem im Bereich Soziales – zu realisieren.

Verteidigungsausgaben sind kein Selbstzweck. Sie sollen ausschließlich der Friedenssicherung dienen. Deshalb ist es unsinnig, die Ausgaben an einen festgelegten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) zu koppeln. Das 2-Prozent-Ziel der NATO (nordatlantisches Verteidigungsbündnis), das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Der Verteidigungshaushalt ist damit der zweitgrößte Haushaltstitel des Bundes.

Schon heute fehlt Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur. Sollte das 2-Prozent-Ziel umgesetzt werden, müsste Deutschland fast 30 Mrd. Euro mehr für Rüstung und Verteidigung ausgeben. Zum Vergleich: Der Bund gibt für Bildung und Forschung in 2017 insgesamt ungefähr 17,6 Mrd. Euro aus, für Gesundheit ca. 15,2 Mrd. Euro, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ca. 8,5 Mrd. Euro.

Weltweit wurden in 2016 für Militär und Rüstung geschätzt 1.686 Mrd. US Dollar ausgegeben (Quelle: Sipri). Zum Vergleich die weltweite Entwicklungshilfe in 2015: 131,59 Mrd. US Dollar (It. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Notwendig sind vielmehr verstärkte zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Wir lehnen strategische Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Wir dürfen nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.